

# Giftgasfabrik: Die Beweise liegen vor

**Das Versteckspielen ist beendet, Dokumente belegen: Deutsche Unternehmen bauten an der Fabrikanlage im libyschen Rabita mit. Die Verwicklung der Deutschen in**

**den Giftgasskandal bringt die Bonner Regierung in eine peinliche Lage. Trotz frühzeitiger Geheimdiensthinweise war die Beteiligung bis zuletzt bestritten worden.**

Die Prüfer der Oberfinanzdirektion Freiburg waren zufrieden: Die Herren der Imhausen-Chemie in Lahr zeigten sich überaus kooperativ. Sie legten bergeweise Material vor, das die Frage klären sollte, ob Imhausen eine gefährliche Chemiefabrik an Libyen geliefert hat.

Die Beamten sahen Photos vom Bau einer Fabrik. Sofort fielen ihnen die bewaldeten Berge und die grünen Wiesen in der Umgebung auf. Chinesische Arbeiter waren auf der Baustelle zu sehen, chinesische Schriftzeichen auszumachen. Ein Videofilm zeigte einen Fluß an der Grundstücksgrenze. Wie Wüste sah das alles nicht aus.

Die Gutachter taten sich auch in der Buchhaltung der Imhausen-Chemie um. Sie fanden Abrechnungen über Flüge nach Hongkong, Rechnungen des Regent Hotel, Bewirtungsbelege des Carst Ocean Seafood Restaurant, Taxiquittungen – alles Hongkong. Hinweise auf Reisen nach Libyen wurden nicht gefunden.

Der Fall war klar: Die Firma Imhausen-Chemie habe, so stellt die Betriebsprüfungsstelle Zoll für den Oberfinanzbezirk Freiburg in ihrem Bericht fest, Know-how für eine pharmazeutische Fabrik nach Hongkong geliefert: „Die Fabrik ist in Hongkong errichtet worden.“ Nichts würde die Annahme rechtfertigen, daß Imhausen Libyen beliefert habe.

Regierungsdirektor Willi Vögele gab am 5. Januar das klare Ergebnis mit fester Stimme bekannt. Neben ihm saß der Mann mit dem auffälligen Vaternörder-Kragen, Jürgen Hippenstiel-Imhausen. Der Geschäftsführer der ins Zwielflicht geratenen Chemiefirma war nach Vögeles Erklärung ganz entrüsteter Ehrenmann. Er sprach von „unseriösen, haltlosen Verdächtigungen“ – Schadenersatz behalte er sich vor.

Der dreiste Auftritt hat nichts gebracht. Inzwischen ist klar, daß die Prüfer in Freiburg ihren Auftrag allzu eng gesehen haben: Hippenstiel hat sie und die Öffentlichkeit genarrt.

In der Tat hat die Imhausen-Chemie in Hongkong eine Pharmafabrik gebaut. Doch sie dient offensichtlich auch der Tarnung anderer Geschäfte. Detaillierte Berichte aus verschiedenen Quellen lassen inzwischen nur einen Schluß zu: Die Chemiefirma aus Lahr hat Gaddafi auf Schleichwegen eine Anlage geliefert, die mit hoher Wahrscheinlichkeit der Produktion chemischer Kampfstoffe dienen soll.



Minister Genscher, Kanzler Kohl\*: Sie stehen wie ertappte Biedermänner da

Die bundesdeutschen Nachrichtendienste verfügen nach Berichten aus Bonn „zweifelsfrei“ über Hinweise, daß die Libyer in der Chemiefabrik bei Rabita chemische Kampfstoffe herstellen wollen. Wegen Verstößen gegen das Außenwirtschaftsgesetz eröffnete die Staatsanwaltschaft Offenburg vergangene Woche ein Ermittlungsverfahren gegen den Rabita-Lieferanten Imhausen.

Gibt es also doch das „Auschwitz im Sand“, von dem der amerikanische Kolumnist William Safire seit Anfang Januar spricht? Der libysche Diktator Gaddafi, Freund vieler Terroristen und Feind Israels, hat offensichtlich auch in der Bundesrepublik Helfer für seine Wahnsinnsideen gefunden. Der häßliche Deutsche ist mit einem Mal wieder da: als „Giftgasschieber“ in Gestalt des ehrbaren Kaufmanns, der was auch immer wohin auch immer exportiert.

Aus einer Affäre, die zunächst nur nach Meinungsverschiedenheiten über Geheimdienstberichte aussah, ist ein handfester Skandal geworden, bei dem

es nicht nur um schmutzige Geschäfte ohne Moral geht. Der Giftgasskandal hat eine politische Dimension: Die Bundesregierung hat sich blamiert und dem Staate Schaden zugefügt.

Helmut Kohl und seine Minister stehen wie ertappte Biedermänner da. Voller Entrüstung hatte sich der Kanzler über den Verdacht der Amerikaner empört, deutsche Firmen könnten Gaddafi beim Aufbau einer Giftgasfabrik zur Hand gegangen sein. „Überhaupt nicht denkbar“ war für Kohl, „daß sich einzelne innerhalb der Bundesrepublik aus Gewinnsucht an Vorhaben beteiligen, die zumindest in Teilen der Welt friedensgefährdend sind“.

Und der Kanzler tat noch eins drauf: „Unerträglich“ fand er es, wenn man die Deutschen jetzt auf die Anklagebank setzt, „ohne daß wir die Möglichkeit haben, die Beweismittel einzusehen“.

CDU/CSU-Fraktionsvize Volker Rühe ging die Amerikaner noch massiver an: Die „schrillen Töne“ aus Washington würden nicht ohne Auswirkungen auf die deutsch-amerikanischen Beziehungen bleiben.

\* Bei der Kabinettsitzung am 10. Januar, auf der strengere Ausfuhrkontrollen beschlossen wurden.



Aus ihrem Schmollwinkel blafften die beleidigten Bonner nicht nur ihre Hauptverbündeten an. Sie setzten auch ihre außenpolitische Glaubwürdigkeit aufs Spiel.

Außenminister Hans-Dietrich Genscher rief in Paris, auf der internationalen Chemiewaffen-Konferenz, zur Ächtung dieser „Menschenvernichtungsmittel“ (Genscher) auf. Gleichzeitig wurde immer wahrscheinlicher, daß ausgerechnet die Deutschen dem exzentrischen libyschen Diktator Muammar el-Gaddafi zur Produktion von Nervengas verholfen haben.

Um das „verfluchte zionistische Gebilde“ (Gaddafi über Israel) mit seinen chemischen Waffen attackieren zu können, will der Libyer auch seine Luftwaffe aufrüsten. Da die Reichweite seiner Mirage-F-1-Jagdbomber nicht ausreicht, von Libyen nach Israel und zurück zu fliegen, sollen die Jets in der Luft aufgetankt werden. Deutsche Spezialisten – unter anderem ehemalige Dornier-Techniker – helfen Gaddafi, „Hercules“-Transporter für diesen Zweck umzurüsten (siehe Kasten Seite 67).

Als Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble letzten Dienstag von „Erkenntnissen“ aus den „allerletzten Tagen“ sprach, die eine „andere Entwicklung“ möglich erscheinen ließen, stieß er im Kabinett auf betroffenes Schweigen. Niemand wollte wahrhaben, daß die Regierung, deren Kanzler sich so weit vorgewagt hatte, nun zurück müsse.

Noch tags darauf brüstete sich Kohl vor Journalisten: „Ich habe angeordnet, daß allen Spuren ohne Ansehen von Personen oder Firmen nachgegangen

wird, und zwar mit äußerster Beschleunigung.“ Der hektische Aktionismus kam reichlich spät.

Ende vergangener Woche wurde offenbar, daß die christliberale Regierung und ihr Kanzler seit langem mehr über die Verstrickung deutscher Firmen in die Libyen-Affäre wissen, als sie öffentlich zugeben mochten. Seit Oktober, räumte Regierungssprecher Friedhelm Ost am Freitag endlich ein, hätten die bundesdeutschen Nachrichtendienste „ernst zu nehmende Informationen“ über das Projekt in Rabita vorgelegt.

Nicht nur die Amerikaner, auch der Bundesnachrichtendienst (BND) in Pullach lieferte dem Kanzleramt seit Monaten eigene Erkenntnisse über den Bau der Chemiewaffen-Fabrik in Libyen. Kohl wurde darüber informiert, noch ehe er am 12. November vergangenen Jahres in die USA reiste und „auf das höchste alarmiert“ (Regierungssprecher Ost) zurückkehrte.

Was war los in Bonn, warum tappte das gesamte Kabinett so blindlings in eine der schlimmsten Blamagen der Amtszeit Kohl? Warum riskierten die Bonner Streit mit den Verbündeten, obwohl sie wissen mußten, daß die Amerikaner mit ihren Vorwürfen so unrecht nicht hatten?

Das mag zum einen mit der Scheu aller Bundesregierungen zu tun haben, Exporte zu gefährden, die Wachstum und Wohlstand garantieren. Zum anderen aber gibt es eine ganz schlichte Erklärung: Die Bonner haben den Fall nicht ernst genommen, weil sie auch die Geheimdienste – wohl oft zu Recht – nicht ernst nehmen.

Die Erkenntnisse des BND wurden im Kanzleramt als „vage“ eingestuft. Vor allem aber, so rechtfertigten sich Kohl-Mitarbeiter immer wieder, hätten die Berichte „keine amtlich verwertbaren Beweise“ (Ost) enthalten.

Was die Bonner jedoch aus Pullach geliefert bekamen, so stellt sich jetzt heraus, war sehr viel konkreter, als die Kohl-Truppe anfangs glauben machen wollte. Aber die strenggeheimen Ausforschungen des BND-Präsidenten Hans-Georg Wieck und seiner Behörde wurden im Kanzleramt und auch im Auswärtigen Amt zu den Akten gelegt.

Im sogenannten Bermuda-Dreieck des Koordinators für die Nachrichtendienste, des früheren Kanzleramtschefs



Kontrolleur Vögele, Unternehmer Hippenstiel-Imhausen: Videofilm gezeigt



**Washington-Besucher Stoltenberg\***: Beteuerungen und Beschwichtigungen

Waldemar Schreckenberger, ging diesmal wohl nichts verloren. Offenbar, so Schreckenberger, gebe es zwischen dem BND und den zuständigen Behörden eine „Überzeugungs-Diskrepanz“ – eine unterschiedliche Wertung über den Nutzen der Geheimdienstberichte.

Die ersten Hinweise auf eine Verwicklung deutscher Firmen im Chemiewaffen-Geschäft mit Libyen wollen die Pulacher schon 1986 nach Bonn geliefert haben. Mitte 1987 legte der BND abermals ein Dossier vor. Es stützte sich auf amerikanische Photoauswertungen, nach denen die Chemiefabrik in der Wüste eindeutig als Produktionsstätte für Nervengas ausgewiesen wurde.

„Sehr konkret“, so behaupten die Pulacher Späher, seien die Erkenntnisse seit September vergangenen Jahres gewesen. Da habe es nämlich, von US-Geheimdiensten entdeckt, einen Unfall in Rabita gegeben: Bei einem Testlauf seien giftige Gase ausgeströmt.

In Telephon-Mitschnitten hielten die US-Geheimdienstler fest, wie die verzweifelten libyschen Betreiber um Hilfe nachsuchten, die Mord-Anlage unter Kontrolle zu bringen – auch bei der Firma Imhausen. Kohls Schreckenberger will von diesen Telephon-Mitschnitten nichts gehört haben. Wohl aber lieferte Agentenchef Wieck am 30. September vergangenen Jahres ein Papier im Kanzleramt ab: Die Firma Imhausen sei in Rabita mit von der Partie.

Am 18. Oktober, das räumt auch Schreckenberger ein, habe der Dienst aus Pullach „konkretere Hinweise“ auf eine Beteiligung deutscher Firmen vorgelegt. Doch das Material sei „nicht hinreichend“ gewesen.

Klar aber ist: Kanzler Kohl, „über Details nicht informiert“ (Schreckenberger), wußte schon vor seiner USA-Reise

im November, daß deutsche Chemiefertiger in Libyen tätig waren – der Name Imhausen war gefallen.

Klar ist auch: Kohls Vize und Reisebegleiter Genscher bekam in einem internen Vermerk vom 11. November von seinen Beamten die Vorwarnung, daß die Gastgeber in Washington ihn und den Kanzler womöglich auf die Chemiefabrik in Libyen ansprechen würden.

Und fest steht, jedenfalls aus der Sicht des BND und seiner Zuträger aus befreundeten Spionagediensten: „Bei Gaddafi wird auf der Basis von Pflanzenschutzmitteln Nervengas produziert.“

Daß die Fabrik auf der Baustelle in Rabita die Kampfgifte Soman und Sarin produzieren kann, sei den Bonnern nicht verborgen worden. Im Gegenteil:

BND-Chef Wieck wies das Kanzleramt mehrfach „dringlich“ darauf hin, die Regierung müsse sich der Sache annehmen. „Wir sind nicht der Staatsanwalt“, hielt der umtriebige Geheimdienstmann beamteten Bedenkenträgern entgegen, die in den Dossiers aus Pullach und Washington nichts Gerichtsfestes entdecken konnten.

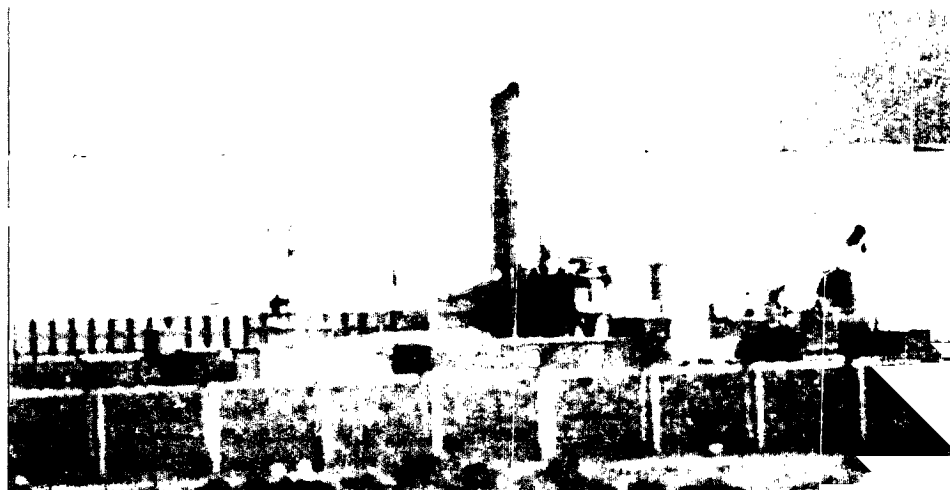
Auch die ersten Meldungen der vergangenen Woche eigens ins CIA-Hauptquartier entsandten Expertengruppe, die Freitag nachmittag im Kanzleramt eintrafen, besagten einmal mehr: „In der Tendenz kein gerichtsverwertbares Material.“

Doch selbst den Kanzler hat endlich ein „ungutes Gefühl“ (Ost) beschlichen. Verdeckte Zollfahndungen und überraschende Betriebsprüfungen bei verdächtigen Firmen, dämmerte nun auch Kohl, seien deshalb wohl unzureichend. Er setzte erst mal die Idee in die Welt, das Bundeskriminalamt in künftigen Fällen zu Recherchen zu ermächtigen.

Solche Vorstellungen wirken ebenso hilflos wie die eifertig von den Bonnern angekündigte Verschärfung ihrer Exportkontrollen. Ein strengeres Außenwirtschaftsgesetz im nationalen Alleingang nützt nichts, wenn die EG von 1992 an nur noch gemeinsame Außengrenzen kennt. Schlupflöcher für illegale Transporte bieten sich dann allemal.

Zunächst aber müssen die Bonner den außenpolitischen Schaden einigermaßen reparieren. Mit dieser Aufgabe sah sich, weil zufällig in Washington, vorige Woche Finanzminister Gerhard Stoltenberg konfrontiert.

Wo immer Stoltenberg in Washington vorsprach, nutzte er die Gelegenheit, die Aufregung seiner amerikanischen Gastgeber über das Engagement deutscher Firmen in Libyen zu dämpfen. Jedem seiner amerikanischen Gesprächspartner wollte der Finanzminister, auch un-



**Mutmaßliche Giftgasfabrik in Rabita: Von Frankfurt aus gemanagt**

\* Mit US-Finanzminister Nicholas Brady.

# „Bleche, Nieten und Muttern“

Deutsche Flugzeug-Spezialisten machen die libysche Luftwaffe schlagkräftiger

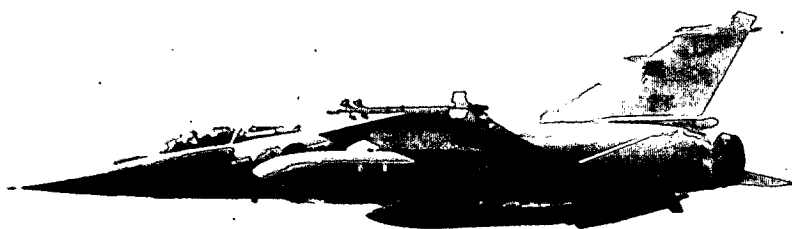
Die Herstellung von Giftgas in Rabita ist offenbar Teil eines umfassenden libyschen Plans zur Vernichtung des Erzfeindes Israel. Neben dem Aufbau einer eigenen C-Waffen-Produktion rüsten die Libyer derzeit ihre Luftwaffe um – mit dem Ziel, den Operationsradius ihrer Bomber bis zum 1500 Kilometer entfernten Jerusalem auszudehnen. Auch hierbei leisten bundesdeutsche Firmen entscheidende Entwicklungshilfe.

Nur knapp 70 Kilometer von Rabita entfernt, auf einem streng abgeschirmten Fliegerhorst vor der Hauptstadt Tripolis, sind deutsche Techniker seit über zwei Jahren damit beschäftigt, Hercules-Transporter der Libyer zu fliegenden Tankstellen umzubauen. Gleichzeitig rüsten sie französische Mirage-Jagdbomber und sowjetische MiG-Abfangjäger mit speziellen Vorrichtungen aus, damit die Libyer ihre Jets in der Luft auftanken und so bis Israel fliegen können.

Generalunternehmer für das geheime Militärprojekt im Wüstensand ist die Firma Intec Technical Trade und Logistik GmbH in Vaterstetten bei München. Eigentümer und Geschäftsführer von Intec ist der Ingenieur Eberhard F. Möhring. Möhring holte die deutschen Fachleute nach Libyen, konstruierte die nicht zum Betanken in der Luft vorgesehene MiG 23 entsprechend um, besorgte die nötigen Flugzeugteile und vergab Aufträge an Sub-Unternehmer.

Derzeit stehen zehn deutsche Flugzeug-Experten im Sold der Intec und damit von Gaddafi. Den größten Teil der deutschen Truppe stellen ehemalige Mitarbeiter der Firma Dornier in Oberpfaffenhofen bei München, auch zwei ehemalige Zeit-Soldaten der Bundesluftwaffe sind dabei.

Vom SPIEGEL nach dem Libyen-Auftrag befragt, leugnete Juniorchef Ingo Möhring jede Beteiligung der Vaterstettener Firma ab. Die Intec, so Möhring junior, habe „mit dem Bau von Flugzeugen in Libyen nichts zu tun“, dafür sei sie „viel zu klein“. Die Firma seines Vaters sei „ein reines Handelsunternehmen“. Mit Libyen habe die Intec nur einmal ein Geschäft gemacht: Vor einem Jahr seien „Bleche, Nieten und Muttern“ geliefert worden. Im übrigen sei die Firma im vergangenen Jahr von den zuständigen Zollbehörden überprüft worden, die jedoch „nichts gefunden“ hätten.



Libyscher Mirage-Jagdbomber: Mit den Deutschen das Auftanken geübt



Libyen-Partner in Vaterstetten  
„Ein reines Handelsunternehmen“

Die Behörden werden nun wohl noch einmal und diesmal etwas genauer prüfen müssen – und nicht nur in Vaterstetten. Außer der Firma Intec sind an dem Militärprojekt in Libyen weitere Firmen aus Bayern beteiligt – womöglich ohne es zu wissen. So lieferte das Münchner Ingenieurbüro Stietzel & Diedrich die Steuerungselektronik für den technisch anspruchsvollen Auftankvorgang in der Luft. Die Firma Josef Mühlbauer GmbH in Roding bei Regensburg steuerte mechanische Teile bei. Die Münchner Spedition Dachser schickte Bauteile wie Kabel, Röhren und Elektronik in Containern über den italienischen Hafen La Spezia nach Libyen.

Die Intec gab sich große Mühe, ihre libysche Connection vor den bundesdeutschen Behörden zu verbergen. Die Techniker haben keine Arbeitsverträge mit der Intec in Vaterstetten, sondern mit der Schwesterfirma CTTL in Liechtenstein; ihre Gehälter – zwischen 8000 und 15 000 Mark netto monatlich – werden auf Konten bei der Schweizerischen Kreditanstalt in Zürich überwiesen.

Wenn die deutschen Spezialisten ihre Chefs in Bayern anrufen, ver-

wenden sie eine verschlüsselte Sprache. Fliegen die Deutschen in die Heimat, benützen sie zwei Tickets: das erste gilt für die Strecke von Tripolis nach Zürich, das zweite für die von Zürich nach München.

Offenbar kostet es viel Zeit, die Spuren zu verwischen sowie die strengen Geheimhaltungsvorschriften der Libyer zu beachten. In mehr als zwei Jahren haben die Deutschen erst eine Hercules, eine Mirage und eine MiG umgebaut. Die Libyer haben sich ein Dokumentationsvideo der Nato besorgt und üben mit den Deutschen seit einigen Monaten auf Flügen entlang der Küste zwischen Tripolis und Bengasi das Auftanken in der Luft. Bisher allerdings klappte das nicht so recht.

Für die ohnedies nicht gerade als besonders fähig bekannten libyschen Piloten ist die Hercules-Maschine wohl etwas zu langsam: Mit ihren vier Turboprop-Motoren schafft sie als Tankflugzeug nur eine Höchstgeschwindigkeit von gut 400 Stundenkilometern. Für das Auftankmanöver, das große fliegerische Präzision verlangt, müssen die Libyer ihre schnellen Düsenjäger so stark abbremsen, daß insbesondere die russische MiG gefährlich nahe an den Punkt herankommt, an dem die Luftströmung unter den Tragflächen abreißt und der Jet abzustürzen droht.

Dem Problem wollen Libyer und Deutsche jetzt grundsätzlich beikommen. Statt weiterer Hercules-Maschinen – wie ursprünglich vorgesehen – bauen die Männer aus Bayern jetzt eine Boeing 707 um, die Oberst Gaddafi von der Korean Air erworben hat. Die 707 ist nicht nur doppelt so schnell wie die Hercules. Sie kann auch statt 20 000 mehr als 30 000 Liter Flugbenzin mitführen und damit mehr Flugzeuge für den Einsatz gegen Israel auftanken.

gefragt, klarmachen, „that we strongly oppose any exports, which would help to build chemical weapons“ – „daß wir entschieden gegen alle Exporte sind, die helfen, chemische Waffen herzustellen“.

Doch alle Beteuerungen und Beschwichtigungen können die ärgerlichen Fakten nicht mehr verniedlichen: Deutsche Firmen haben geholfen, im libyschen Rabita, 60 Kilometer südlich von Tripolis, eine Fabrik einzurichten, die sich sehr schnell als eine Giftküche herausstellen kann. Der Name Imhausen, der breiten Öffentlichkeit bislang kaum bekannt, hat die Bonner Kulisse ins Wanken gebracht.

Imhausen-Chef Hippenstiel (Spitzname: Hippie) war sich offenbar von Anfang an bewußt, daß seine Geschäfte mit dem Wüsten-Revolutz Kritik und Protest provozieren würden. Er hat viel Energie darauf verwendet, die Spuren seiner zweifelhaften Aktivitäten zu verwischen.

Die offizielle Fährte führt nach Hongkong. Dort baut eine Pen-Tsao-Materia-Medica-Center Ltd. unter der Projektbezeichnung „Pharma 150“ im Yeun Long Industrial Estate, nahe der Grenze zu China, eine Chemiefabrik. Know-how und Konstruktion liefert, für angeblich 32 Millionen Mark, Imhausen aus Lahr.

Die Farbphotos mit grünen Bergen und Wiesen neben der Baustelle, die sich die Freiburger Prüfer so interessiert angesehen hatten, waren wohl aus Hongkong. Die Firma Pen-Tsao in Hongkong gibt es tatsächlich, ebenso eine Baustelle mit einem leeren Gebäude in Yeun Long. Doch beide sind kaum mehr als die raffinierte Kulisse für ein weit einträgliches Geschäft – den Bau der Chemiefabrik in Libyen.

Das Büro der Firma Pen-Tsao, tief in der China-Town von Mongkok im Stadtteil Kowloon, ist klein und bescheiden. Und doch

muß das Unternehmen sich die Räumlichkeiten mit einem weiteren Mieter teilen, der Dee Trading Co. Ltd.

Dee ist gleichzeitig, mit rund 23 Prozent, der größte Gesellschafter der Imhausen-Chemie in Lahr. Daniel Cheng, Eigentümer der Firmen Dee und Pen-Tsao, bezeichnet sich als alten Freund der Chemie-Familie Imhausen.

Wie eng die Beziehungen waren, zeigte sich, als Pen-Tsao bei der Swiss Bank in Hongkong ein Geschäftskonto eröffnete. Den Antrag unterschrieb Jürgen Hippenstiel. Als Geschäftszweck wurde, in ungewohnter Offenheit, der „Handel mit Chemikalien und Chemie-Anlagen“ angegeben.

Der alte Freund Cheng war einverstanden, daß Hippenstiel-Imhausen in Hamburg eine Tochtergesellschaft der Pen-Tsao gründete. Damit verfügte Imhausen über ein Netz internationaler Firmen, das die Lahrer Firma gut zu nutzen wußte: zur Tarnung ihrer Libyen-Connection.

Die Tarnung reichte gerade noch, um Regierungsdirektor Vögele zu täuschen. Doch Hippenstiel war bereits aufgefliegen, als er noch selbstsicher vor den Fernsehkameras saß.

Inzwischen war nämlich das Kölner Zollkriminalinstitut (ZKI) fündig geworden. Die Fahnder waren nicht der falschen Fährte nach Hongkong, sondern der richtigen Spur gefolgt. Und die führte nach Frankfurt.

Am Morgen des 4. Januar, Vögeles Werk war noch nicht vollendet, klingelten drei Beamte des ZKI beim Frankfurter Steuerberater Harry P. Meyer. Der hatte dem irakischen Geschäftsmann Ishan Barbouti in den vergangenen Jahren steuerberatend zur Seite gestanden. In seinem Keller lagerten zwölf Kisten mit Akten jener inzwischen liquidierten Barbouti-Firma, der Ishan Barbouti International (IBI). Die Beamten nahmen das Material mit. Der Tip kam vom BND.

Was sich den Ermittlern seither enthüllt, Tag für Tag ein Stückchen mehr, belegt eindeutig, daß von Frankfurt aus der Bau von Gaddafis Wüsten-Fabrik gemanagt wurde. Hier wurden die Lieferanten aufgetrieben, von hier aus die Aufträge vergeben.

Barbouti war die zentrale Figur im Geschäft mit den Libyern. Er war Generalunternehmer für das Werk in Rabita. Seine Frankfurter Niederlassung IBI Engineering GmbH verteilte die Aufträge.

Vor allem aber beweisen die beschlagnahmten Akten eindeutig, wie tief Imhausen in das Geschäft mit Gaddafi verstrickt ist. Führende Imhausen-Mitarbeiter lieferten die Pläne für die angebliche Pharmafabrik, andere überwachten vor Ort den Bau der Anlage.

Im Frühjahr 1984 tauchte Ishan Barbouti, 64, in Frankfurt auf, wie immer lediglich mit einer Plastiktüte in der Hand.

Auf seinen weltweiten Reisen zwischen Frankfurt, London, Riad, Zürich, Tokio und Tripolis kleidete sich der bärtige Professor der Architektur jeweils vor Ort neu ein.

Das wichtigste Gepäck trug er meistens in ausgebeulten Taschen mit sich: Cash. Große Summen Bargeld stopfte Barbouti bevorzugt in seine Hosentaschen. Von seinen Kunden nach Zahlungsfähigkeit und Kreditabsicherungen



Frachter „Wilhelm Schulte“: Dokumente und Kurs geändert



## 3. Lotterie Peters 3.

Staatl. Lotterie - Einnahme der NKL

PEN-TSAO-MATERIA-MEDICA-CENTER LTD.

• 3. PHARMAROHSTOFFE IM-UND EXPORT •  
秉信化工有限公司

• 3. Hörtelmann Project GmbH •

Imhausen-Firma Pen-Tsao in Hongkong und Hamburg: Ein Netz internationaler Firmen

# „Wir müssen den Vorsatz nachweisen“

Westdeutsche Firmen halfen dem Irak beim Bau von Chemie-Anlagen

Seit gut einem Jahr arbeiten sich Beamte des Zollkriminalinstituts (ZKI) in Köln durch Hunderte von Aktenordnern mit Briefen, Konstruktionszeichnungen, Telexen und Terminkalendern. Sie suchen nach Beweisen dafür, daß westdeutsche Firmen schon häufiger leichtfertig verfahren, wenn es um die Produktion von Kampfgasen ging.

Das Material wurde im November 1987 von der Staatsanwaltschaft Darmstadt bei einem Dutzend meist mittelständischer Firmen beschlagnahmt. Der Verdacht: Die Unternehmen hätten Know-how und Rohstoffe für die Produktion von Giftgas an den Irak geliefert.

Derzeit lassen die Staatsanwaltschaft Darmstadt und die Zollfahnder von drei Gutachtern die beschlagnahmten Unterlagen prüfen. Sie sollen feststellen, ob mit den an den Irak gelieferten Anlagen die Giftgasproduktion möglich ist. Das Gutachten eines Göttinger Chemikers zur Strafsache 21 Js 35.285.6/87 kommt zu dem Schluß, daß aufgrund des vorliegenden Materials und der Zeugenaussagen in den errichteten Vielzweck-Anlagen „keine Versuche unternommen worden sind, Sarin- oder Soman-Vorprodukte herzustellen“.

Zwei noch unveröffentlichte Gutachten der Bayer AG und von Schweizer Chemieexperten kamen jedoch zu einem anderen Ergebnis. Sie bestätigen die „grundsätzliche Eignung“ zur Kampfstoffherstellung.

In den gelieferten Anlagen können entweder Schädlingsvernichtungsmittel für Dattelpflanzungen oder aber tödliche Kampfstoffe hergestellt werden. Im Industriekomplex Samarra des irakischen State Establishment for Pesticide Production (SEPP) nördlich von Bagdad liefen 1987 nach Recherchen der US-Geheimdienste vier Produktionslinien. Monatlich sollen 60 Tonnen Senfgas, 15 Tonnen CS-Gas und jeweils 4 Tonnen Sarin und Tabun produziert werden.

Eben wegen dieser Möglichkeit, gelieferte Anlagen sowohl für zivile als auch militärische Zwecke zu nutzen, ist es so schwierig, solche Exporte strafrechtlich zu verfolgen. „Wir müssen den Vorsatz nachweisen“, sagt ZKI-Chef Heinrich Ashauer, „um gegen die Unternehmen vorgehen zu können.“ Doch illegale Geschäfte im internationalen Waffenmarkt werden nicht nach den Paragraphen des deut-



Kurdisches Giftgas-Opfer  
Materialien auf dem Weltmarkt zusammengekauft

schen Außenwirtschaftsgesetzes abgewickelt.

„Die warten immer noch darauf, einen Brief zu finden: Hiermit liefern wir eine Giftgasfabrik“, spottet der Geschäftsführer Dieter Backfisch von der Karl Kolb GmbH. Das Dreieicher Unternehmen hatte über die inzwischen liquidierte Tochterfirma Pilot Plant von 1981 bis 1984 Versuchsanlagen zur Herstellung von Pflanzenschutzmitteln an den Irak geliefert. Über eine eigene Repräsentanz in Bagdad hat die Karl Kolb GmbH bereits seit gut 30 Jahren wissenschaftliche Laborausrüstungen in den arabischen Staat verkauft.

In einer eidesstattlichen Erklärung vor dem Bonner Landgericht versicherte Kolb-Geschäftsführer Backfisch, daß „die Herstellung von chemischen Kampfstoffen mit ihrer Hilfe unmöglich ist“. Gleichzeitig räumte er ein, daß es sich beim Fabrikkomplex Samarra um ein „sehr großes Areal“ handele, das „sehr unterschiedliche Teile beinhaltet“.

Auch die anderen elf deutschen Unternehmen, gegen die von der Staatsanwaltschaft Darmstadt ermittelt wird, erfuhren von den arabischen Geschäftspartnern wohl nicht die ganze Wahrheit. So lieferte die Hamburger Firma „W.E.T. Water, Engineering, Trading GmbH“ für

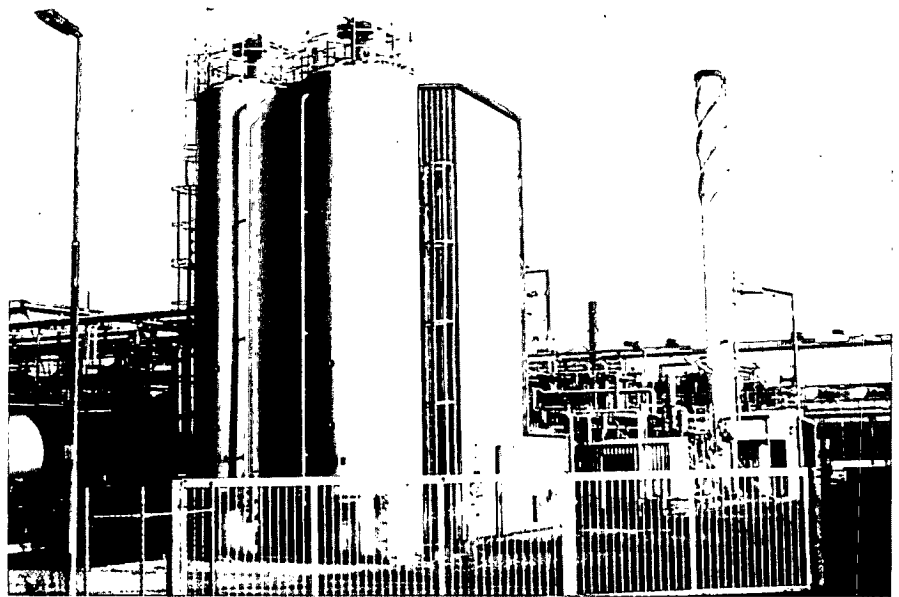
fast 20 Millionen Mark Ausrüstungen, Pumpen und chemische Grundstoffe in den Irak. Zur W.E.T.-Geschäftsführung gehörte auch ein ehemaliger Mitarbeiter des Konzerns Preussag, der Wasseraufbereitungsanlagen für den Irak fertigte.

Vergleichbare Anlagen wurden über die Frankfurter IBI von Preussag für das libysche Technologie-Zentrum geliefert. Auch der Hamburger W.E.T.-Anwalt Thomas Marx will „nicht ausschließen“, daß die technischen Anlagen im Irak für „andere Zwecke“ verwendet wurden.

Um eine eigene Produktion für Giftgas aufzubauen, das sie gegen den Kriegsgegner Iran sowie ihre kurdische Minderheit einsetzten, kauften die Iraker Grundmaterialien und Anlagen auf dem Weltmarkt zusammen. Holländische Firmen kamen mit dem kriegführenden arabischen Land bereits 1983 gut ins Geschäft. Damals erwarb ein SEPP-Beauftragter über die niederländische Handelsfirma KBS bei dem US-Konzern Phillips-Petroleum für eineinhalb Millionen Mark Thiodiglycol. Die Chemikalie ist Ausgangsprodukt für Senfgas.

Die holländische Melchemie in Arnheim vermittelte ebenfalls die Lieferung von Kampfstoff-Chemikalien. Nach den ersten Giftgasangriffen im irakisch-iranischen Krieg verschärften 1984 einige Industrieländer die Exportkontrollen. Eine Reihe westeuropäischer Chemiefirmen weigerte sich damals, die Melchemie zu beliefern. Der italienische Konzern Montedison erklärte sich trotzdem bereit, 60 Tonnen Phosphoroxidchlorid zu beschaffen.

Die französische Chemiefirma Atochem lieferte schließlich den Kampfgasstoff, der über Venedig via Türkei in den Irak verschifft wurde. Anfang 1987 machten die holländischen Behörden der Melchemie den Prozeß.



**Unternehmensgründer Imhausen, Chemiewerk Imhausen: Erfahrung mit gefährlichen Stoffen**

befragt, packte er ein Bündel D-Mark oder Dollar auf den Tisch. „Hermes brauchen wir nicht“, tönte er, „wenn es losgeht, komme ich mit noch mehr vorbei.“

Der 1,82 Meter große Iraker war früher einer der bekanntesten Architekten Bagdads. Als Regimegegner will er 1978 vor einem Killerkommando nach London geflüchtet sein. Im noblen Stadtteil Chelsea bezog er eine gut gesicherte Wohnung.

In Deutschland knüpfte der perfekt Englisch und passabel Deutsch sprechende Araber über einen deutschen Ingenieur Kontakte zu mehreren mittelständischen Unternehmen. So ließ er auch bei der Stahlbau-Hammer GmbH in Mainz anfragen, ob Interesse „an einem großen Geschäft“ bestehe.

Das bestand. Wenig später traf Barbouti mit seiner Plastiktüte ein. Er offerierte den Auftrag zum Bau eines „riesigen Komplexes“. Darin sollten angeblich eine Gießerei, Maschinenhallen, ein Kraftwerk und Werkstätten gebaut werden. Die Stahlkonstruktion sollte mit hochwertigen Profilblechen verkleidet werden. Eigenhändig skizzierte Barbouti den Gebäudekomplex.

Über das Empfängerland („Das braucht Sie nicht zu interessieren“) hüllte sich der Araber gegenüber seinen deutschen Verhandlungspartnern in Schweigen. Nachts sei die Gegend kalt und tagsüber heiß, und viel Staub gebe es dort. Für sein Wüsten-Projekt ließ sich Barbouti noch bei verschiedenen deutschen Firmen aufwendige Bauzeichnungen anfertigen. Ein paar tausend Mark Extrageld schob er einem deutschen Architekten zu. Damit hoffte er den Zuschlag seiner geheimnisvollen Auftraggeber zu bekommen.

Im Juli 1984 verhandelte Barbouti zuletzt mit Stahlbau-Hammer. Jetzt ging es konkret um den Aufbau eines Technologieparks bei Tripolis mit einem Ausbildungszentrum für libysche Techniker.

Waffen würden dort nicht gebaut. Als „guter Freund von Gaddafi“, rühmte sich Barbouti, „brauche ich kein Geld, wenn ich zu dem fliege“.

Deutsche Banken hatten Gaddafi-Freund Barbouti inzwischen hervorragend beurteilt: schnelle Millionenumsätze. Doch der Iraker nahm lediglich die fertiggestellten Pläne und verschwand nach London. Nachgeschickte Rechnungen wurden nie bezahlt.

Den Zuschlag für Gaddafis Technologiezentrum bekam der Iraker tatsächlich. Er habe dabei, brüstet er sich, die Japaner ausgestochen. Die seien den Libyern zu teuer gewesen. Nur mit der Chemiefabrik will Barbouti nichts zu tun gehabt haben.

Unklar ist, welche der zahlreichen Barbouti-Firmen den Vertrag abschloß. Klar aber ist, daß bei der Abwicklung des Geschäftes seine Firmen in der Schweiz und in Frankfurt eine zentrale

Rolle spielten. Die Frankfurter Niederlassung gründete „Dr. B.“, so nennen ihn seine Mitarbeiter, im Jahre 1985. Auf Empfehlung seines Steuerberaters Meyer stellte er Horst Körbler als Geschäftsführer ein.

Körbler entfaltete schnell eine rege Tätigkeit: Er suchte in der deutschen Industrie nach geeigneten Zulieferern für den Wüsten-Komplex. Die fanden sich reichlich. Über 30 Namen enthält die Lieferliste der Spedition Rhenus. Die Raab Karcher GmbH lieferte Baumaterial für 600 000 Mark, später noch einmal für 2,2 Millionen. Sartorius Metallbau war mit Fenstern und Türen, Wert rund eine Million Mark, behilflich; Bekker & Co. installierte, für 1,25 Millionen Mark, Telex-, Telefon- und Videoanlagen.

Die Schlüsselrolle aber hatte die IBI der Imhausen-Chemie zugedacht: Sie sollte den wichtigsten Teil des Technolo-



**Imhausen-Verwaltung in Lahr: Merkwürdige Patente**

giezentrum, die angebliche Pharmafabrik, bauen. Und die Firma aus dem Schwarzwald wußte, anders als die vielen Zulieferer, genau, was sie tat.

Denn Imhausen ist keine kleine Klitsche aus der Provinz. Das Unternehmen hat einen klangvollen Namen – und eine Menge Erfahrung im Umgang mit gefährlichen Stoffen.

Der Chemiker Karl-Heinz Imhausen, der 1983 starb, betrieb nach dem Krieg zunächst eine kleine Chemiefabrik in Witten, dann machte er vor allem Consulting-Geschäfte. Für die Bundesregierung verfertigte er eine Studie über die Gewinnung von Öl aus Kohle.

Seine Erfindungen, vor allem auf den Gebieten der Hochdruck-Polyethylen-Technik, machten ihn bei Anlagenbauern wie Lurgi und Salzgitter und bei ausländischen Auftraggebern zu einem gefragten Partner für Firmen. In Pakistan errichtete das Unternehmen eine Kunstdüngerfabrik. Imhausen genoß auch in der Sowjet-Union einen guten Ruf. Der geschäftstüchtige Chemiker entwarf für die Sowjets Großanlagen zur Polyethylen-Produktion.

Der Imhausen-Betrieb an der Raiffeisenstraße im Lahrer Industriegebiet wird in der Bevölkerung der kleinen Stadt (34 500 Einwohner) gern „Giftküche“ genannt. Doch niemand weiß, sagt Ulrich Högel, Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer in Freiburg, „welche Suppen dort gekocht werden“.

Fachleute wissen mehr. Beim Deutschen Patentamt in München meldete die Schwarzwälder Firma seit 1977 insgesamt drei Eigentumswendungen an. In der „Offenlegungsschrift“ Nummer 27 31 962 wurde damals ein neues Verfahren zur Herstellung von Carbonsäureethylester angemeldet. Der Stoff ist ein vielseitiges Ausgangsprodukt der chemischen Industrie.

Ein Jahr später folgte ein weiteres Imhausen-Patent, das ein Verfahren zur Herstellung von Carbonsäurealkylestern beschrieb. Für beide Stoffe wurde, ungewöhnlich genug, die „Nichtnennung des Erfinders“ beantragt. Im November 1985 schließlich folgte ein Patent zum Entfernen von Schwefelwasserstoff aus Abgasen, wie sie beispielsweise bei der Energieerzeugung anfallen (Patentschrift DE 35 42 345 A1).

Die Imhausen-Patente sind für Fachleute überraschend. Zwar besteht kein direkt erkennbarer Zusammenhang zur Herstellung von chemischen Waffen. „Aber eine so aufwendige Forschung“, urteilt der Berliner Physiologe und C-Waffen-Experte Adolf-Henning Frucht, „betreibt in der Bundesrepublik eigentlich nur die Großindustrie.“ Und ein Münchner Patentexperte („Die Kollegen verstehen ihr Handwerk“) kommt zu dem Schluß: „Es erhärtet sich der Verdacht, daß die Firma im Bereich der Kampfstoffe aktiv ist.“

Das Unternehmen ist auch dem Verband der Chemischen Industrie (VCI)

schon negativ aufgefallen. Denn Imhausen nimmt es offensichtlich mit gefährlichen Stoffen nicht so genau.

Im Jahr 1985 übermittelte die Bundesregierung dem VCI eine Liste mit Chemikalien. Der Verband sollte feststellen, welche der auf der Liste enthaltenen Stoffe in deutschen Fabriken hergestellt würden.

Auf der Liste befand sich auch die Chemikalie Pinakolyl Alkohol. Der Stoff hat in der Industrie kaum Bedeutung, weil sich aus ihm keine wichtigen Produkte fertigen lassen. Pinakolyl Alkohol ist eine Chemikalie, die es dennoch in sich hat. Aus ihr läßt sich der gefährliche Kampfstoff Soman herstellen, dessen Produktion hierzulande verboten ist.

Experten gaben dem Verband den Hinweis, bei Imhausen nachzufragen, ob

der Stoff dort produziert werde. Auf seine Anfrage bekam der Verband jedoch keine Antwort.

Die Firma mit dem promovierten Volkswirt Hippenstiel-Imhausen, 48, an der Spitze war deshalb eine gute Adresse für den Gaddafi-Partner Barbouti. Zusammen fädelten sie das Geschäft ein, dessen Details jetzt bekannt werden.

Das Projekt lief unter dem Namen „Pharma 150“. Es kann kaum Zufall sein, daß auch die Baustelle in Hongkong unter dieser Bezeichnung geführt wird. Für Pharma 150 stand Barbouti ein Budget von 93 Millionen Dollar zur Verfügung.

Den Kontakt zu Hippenstiel-Imhausen knüpfte „Dr. B.“ persönlich. Er gibt zu, den Unternehmer aus dem Schwarzwald zu kennen – allerdings „rein gesellschaftlich“. Geschäfte habe er mit ihm nie gemacht.

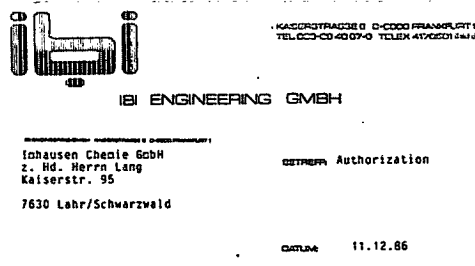
Die besorgten, auf Imhausens Seite, die Prokuristen. Bei IBI war Körbler zuständig. Den Namen des Lahrer Unternehmens habe er zum erstenmal Ende 1987 gehört, beteuert Körbler. Mit Libyen habe er nur einmal, 1980, Geschäfte gemacht, erklärt Hippenstiel. Kontakte zu IBI bestünden nicht.

Sie lügen alle. Die gegenseitigen Beziehungen waren eng. Spätestens seit 1986 bestand, das belegen verschiedene Dokumente eindeutig, eine rege Korrespondenz zwischen der Frankfurter IBI und der Firma Imhausen – und mit Mitarbeitern Imhausens, vor Ort, in Tripolis.

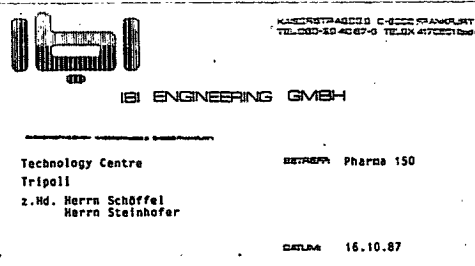
Mit Schreiben vom 11. Dezember 1986 werden die Herren Rüdiger Berndt, Eugen Lang und Fritz Schöffel von Körbler sogar autorisiert, als Consultants für IBI Engineering zu zeichnen und zu sprechen. Alle drei waren zum damaligen Zeitpunkt Prokuristen in Lahre, zwei sind es heute noch.

Einmal schickte Prokurist Berndt, am 30. Juli 1987, Maschinenbaudokumentationen für Pharma 150 an Körbler, ein anderes Mal bat er ihn, im September 1987, Betriebsmittel zu bestellen. Auch Schöffel schrieb Briefe nach Frankfurt. Er kündigte Körbler, am 24. November 1986, eine Lieferung von Elektroden an. Am 17. September 1987 orderte er per Telefax „Ersatzteile für Baustellenbeleuchtung und Werkzeuge“.

Die Tätigkeit der beiden Imhausen-Prokuristen für Gad-



Authorization  
We herewith authorized the gentlemen:  
Mr. Rüdiger Berndt  
Dr. Eugen Lang  
Mr. Fritz Schöffel  
to issue and sign as consultant for IBI Engineering.  
Test Reports  
on behalf of IBI, Frankfurt Office.  
- IBI Engineering GmbH -



Sehr geehrter Herr Schöffel,  
sehr geehrter Herr Steinhöfer,  
In beigefügtem Paket erhalten Sie Montage-Unterlagen der Firma Sartorius sowie Unterlagen der Firma Steuler, die uns inzwischen noch zugegangen sind.  
Weiterhin sind die vorliegenden Plastiktüllen sowie noch einige Spritzen beigefügt.  
Den Umschlag für Mr. Shibani wollen Sie bitte weiterleiten.  
Herr Wescher erhält mit heutiger Post die vorliegenden Versandanzeigen der Firma Rheus. Bitte verlangen Sie von ihm die Sie betreffenden Versandanzeigen.  
Von Herrn Dr. L. haben wir gestern Bestellungen für Feuerlöscher, Schutzkleidung, Krankenträger usw. erhalten. Dabei gibt er unter Punkt 7 "Einrichtung für den Büro- und Sozialtrakt" an. Jedoch keine nähere Spezifikation. Können Sie uns die erforderlichen Einzelheiten mitteilen.  
Die Nachbestellung der Fliesen gemäß beigefügter Spezifikation vom 23.9.87 ist erfolgt. Ein genauer Liefertermin ist uns noch nicht bekannt.

Mit freundlichen Grüßen

IBI-Korrespondenz mit Imhausen  
Die Beziehungen waren eng



Giftgas-Angriff an der Westfront (1917): „Die Augen waren in glühende Kohlen verwandelt“

# Erbrechen, Erblinden, Ersticken

Die Wirkung von Giftgas und die furchtbare Tradition der deutschen Chemie-Industrie

**A**m späten Nachmittag des 22. April 1915 kam an der Westfront, nahe der flandrischen Ortschaft Langemark bei Ypern, leichter Nordwind auf. Frontbeobachter sahen von den deutschen Linien zwei grünlich-gelbe Wolken aufsteigen, die sich in Schwaden auf die Schützengräben der Alliierten zuwälzten, dicht über dem Erdboden, etwa eineinhalb Meter hoch.

Eine Minute später waren Zehntausende französischer und algerischer Soldaten in beißenden grünen Nebel eingehüllt. Die Männer liefen blau an, umklammerten ihre Kehle und rangen verzweifelt nach Luft. Eitriger Schaum schoß ihnen aus Mund und Nase, viele husteten so stark, daß ihnen die Lunge platzte. Als sich der Nebel lichtete, waren 5000 alliierte Soldaten tot und 10 000 schwer verletzt – das deutsche Heer hatte den chemischen Krieg eröffnet.

Pioniere der 23. und 26. Heeresgruppe hatten aus zylinderförmigen Behältern rund 160 Tonnen Chlorgas ausströmen lassen und mit dieser ersten Vergasungsaktion in der Kriegsgeschichte ein sechs Kilometer breites Loch in die gegnerische Front gerissen. Fünf Monate später, nach hektischen Aktivitäten in englischen Labors, setzten die Briten ihrerseits Chlorgas ein, weitere zehn Monate später die Franzosen; fortan tobte der totale Gaskrieg.

Auch im weiteren Verlauf sorgte Deutschlands chemische Industrie für Eskalation: Sie produzierte als erste das noch giftigere Phosgen (Grünkreuz) und anschließend Senfgas (Lost, Gelbkreuz), einen stark riechenden Kampfstoff, der zu Dauer-Erbrechen, schwärenden Abszessen, Lungenentzündungen und Blindheit führen kann und ab 1917 zum Einsatz kam. Die Alliierten konnten erst zwei Monate vor Kriegsende nachziehen.

Beide Seiten attackierten sich mit schätzungsweise 113 000 Tonnen chemischer Kampfstoffe, gegen Ende des Krie-



**C-Waffen-Pionier Haber**  
Einsatz persönlich beaufsichtigt

ges hauptsächlich in Form von Gasgranaten. 1,3 Millionen Soldaten wurden vergiftet, 91 000 gingen elend zugrunde. Der Schreckensruf „Gasalarm“ löste in den Schützengräben des Ersten Weltkrieges größere Panik aus als Bomben oder Maschinengewehrfeuer.

Ausschlaggebend für die Überlegenheit bei der Giftgasherstellung war die Kapazität der großen deutschen Chemieunternehmen, die sich nach dem Krieg zu einer Interessen-Gemeinschaft zusammenschlossen: der I. G. Farben. Die chemische Industrie, die durch den Kriegsausbruch zunächst Umsatzeinbußen hinnehmen mußte, machte mit der Giftgasproduktion ein glänzendes Geschäft. Carl Duisberg, Generaldirektor der Bayer-Werke und Verbandsvorsitzender der Farbenindustrie, hatte schon im ersten Kriegsjahr 1914 das deutsche Oberkommando zur Anwendung chemischer Waffen gedrängt – mit Erfolg.

Auch deutsche Wissenschaftler engagierten sich. Allen voran Fritz Haber, Chemieprofessor und Leiter des Berliner Kaiser-Wilhelm-Instituts, der als „Vater“ der chemischen Kriegsführung gilt. Haber arbeitete seit Herbst 1914 wie besessen an der streng geheimen Gift-

gaswaffe, den Ersteinsatz bei Ypern beaufsichtigte er persönlich.

Nach dem Krieg wurde er für die Entwicklung der Ammoniak-Synthese mit dem Nobelpreis für Chemie ausgezeichnet, eine Entscheidung, die vor allem in den USA Empörung auslöste. „Warum“, fragte die „New York Times“, „ging der Nobelpreis für Literatur nicht an denjenigen, der General Ludendorff täglich Kommuniqués geschrieben hatte?“ Tatsächlich schwadronierte Haber noch 1923 über die C-Waffen-Kriegsführung als eine „technisch höhere Form“ des Tötens.

Die Vorherrschaft der Deutschen bei Erforschung und Herstellung von C-Waffen setzte sich nach dem Ersten Weltkrieg fort. Der Wissenschaftler Gerhard Schrader, der für den Chemiekonzern I. G. Farben forschte, entwickelte 1937 den Kampfstoff „Tabun“ und 1938 eine tabunähnliche Verbindung, die „Sarin“ genannt wurde – beides Nervengase, die zum totalen Kontrollverlust der Muskulatur führen. Die Opfer winden sich in Krämpfen und Zuckungen, Darm und Blase entleeren sich unkontrolliert, der Tod tritt, nach wenigen Minuten, durch qualvolles Ersticken ein.

Die Produktion solcher Giftgase wurde von den Nazis forciert, obwohl auch Deutschland das 1925 in Genf zustande gekommene Abkommen über ein Verbot der Anwendung von Chemiewaffen unterschrieben hatte. In Fabriken der I. G. Farben, der niederschlesischen Anorgana-Werke und der Chemiewerke Huels, die sämtlich unter Aufsicht des Oberkommandos des Heeres gestellt wurden, sind vor und während des Zweiten Weltkriegs bis zu 12 000 Tonnen Giftgas jährlich hergestellt worden – mit hohen Gewinnen für die chemische Industrie. Bei Kriegsende wurden die Vorräte hastig verbuddelt oder versenkt; die Überreste vermodern noch heute als chemische Zeitbomben an mehr als zwei

Dutzend Plätzen im Bundesgebiet oder rosten in der Ostsee.

Zum Einsatz der Chemiekiller konnte sich Hitler nicht entschließen. Offenbar nahm er irrtümlich an, die Alliierten hätten ebenfalls Nervengase wie Tabun oder Sarin und könnten mit gleichen Mitteln Vergeltung üben. Auch hatte Hitler, nachdem er als Soldat im Ersten Weltkrieg infolge von Senfgas-Einwirkung vorübergehend erblindet war („die Augen waren in glühende Kohlen verwandelt“), eine ausgesprochene Abneigung gegen C-Waffen.

Statt dessen tobte der Gaskrieg hinter verschlossenen Türen – in den Gaskammern von Auschwitz, Maydanek, Treblinka. Millionen Juden, nackt und wehrlos, wurden planmäßig vergast wie Ungeziefer – die Erinnerung an das einmalige Verbrechen läßt die Weltöffentlichkeit noch heute hellhörig werden, wenn im Zusammenhang mit Deutschland, wie jetzt beim Bau der libyschen Chemiefabrik in Rabita, von Giftgasproduktion die Rede ist.

Auch aus dem Holocaust zog die Chemieindustrie Profite. Das tödliche KZ-Gas Zyklon B, eine Blausäure-Chlor-Verbindung, lieferte – angeblich ahnungslos – die Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung (Degesch), eine Tochter von I. G. Farben und Degussa. Das Geschäft mit dem Tod florierte so gut, daß die I. G. Farben von der Degesch 100- bis 200prozentige Dividenden vereinnahmen konnte.

Nach dem Krieg, 1954, verzichtete die Bundesregierung feierlich auf die Produktion von C-Waffen. Ihre Nachfolger konnten jedoch nicht verhindern, daß die U. S. Army bis heute in Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg über 4000 Tonnen hochgiftiger Nervengase gebunkert hat, „VX“ für den Tag X. Und die Bundeswehr läßt in Erprobungsstellen die Wirkung alter und neuer Kampfstoffe an Kaninchen, Hunden und armen Schweinen testen – offiziell nur, um Pulver, Salben und Schutzkleidung gegen die verheerende Wirkung zu entwickeln.

Die deutsche Chemieindustrie avancierte indessen zu einem der größten Insektenvertilgungsmittel-Hersteller der Welt – und gerät immer wieder in den Verdacht, Despoten der Dritten Welt bei der Produktion von Menschenvertilgungsmitteln dienstbar zu sein: erst dem irakischen Diktator Saddam Hussein, jetzt dem unberechenbaren Libyer Oberst Gaddafi.

Ob mit der behaupteten Gaddafi-Connection der Schwarzwälder Firma Imhausen-Chemie, dem bislang letzten Beispiel deutscher Verstrickung in die C-Waffen-Produktion, die furchtbare Tradition zu Ende geht, wird von Branchenkennern bezweifelt. Ein Insider: „Fortsetzung folgt.“

dafis Pharma 150 erschöpfte sich nicht im Briefeschreiben. Berndt soll die Anlage geplant haben, Schöffel, auch als „Dr. Karl“ bekannt, hat zeitweise die Errichtung der Anlage in Rabita überwacht.

Friedrich Schöffel, 66, lebt, seit einem Jahr pensioniert, in Lahr. In Libyen, beteuert er, sei er nie gewesen. Mit Telex vom 8. Januar 1987 gibt Körbler einem Mr. Murad vom Technical Center in Libyen die Daten von F. Schöffel, wohnhaft in Lahr, durch; am 30. Januar bat er einen Mr. Medah, das Visum vorzubereiten. Schöffels Ankunft wurde für Freitag, den 6. Februar 1987 angekündigt. Noch im Sommer vergangenen Jahres, er mußte wohl die Rente auffrischen, läßt sich seine Spur nach Rabita verfolgen. Dort sollte ihm ein Dr. Sadiq, für IBI auf der Baustelle tätig, einen Brief von Körbler aushändigen.

Der Brief hat es noch in zweiter Hinsicht in sich. Er enthält die Namen und die Personalien der Leute, die von Pen-Tsao in Hongkong für Pharma 150 nach Libyen entsandt wurden – von jener Firma also, die angeblich ein Projekt desselben Namens in Hongkong realisiert.

Die Pen-Tsao spielte in dem ganzen Geschäft eine entscheidende Rolle. Sie bestellte Chemikalien und Anlagen für Pharma 150 – in Hongkong.

Für Pen-Tsao waren auch die Güter bestimmt, die über die Reederei Cross Link in Antwerpen, unter anderem mit dem Frachter „MS Bernhard Schulte“, verschifft wurden. Während der Fahrt änderten sich die Dokumente und der Kurs des Frachters. Neuer Empfänger war nun Pharma 150 – Libyen.

Die belgische Polizei nahm Mittwoch der vergangenen Woche auf dem Brüsseler Flughafen den Geschäftsführer der Cross Link, Jozef Gedopt, in Empfang. Gedopt hat inzwischen gestanden, Rechnungen und Transportdokumente verändert zu haben.

Seit sich die Ereignisse überschlagen, ist aus Lahr nichts Erhellendes mehr zu vernehmen. Nur Schöffel, dem ehemaligen Imhausen-Prokuristen, entfährt es im ersten Zorn: Kontakte zu IBI habe es gegeben. „Wir haben sie abgebrochen“, sagt er, „als wir merkten, was da lief.“

Was wurde abgebrochen, und was lief? Imhausen hat doch angeblich nur eine Pharmafabrik in Hongkong gebaut und mit Libyen nichts zu tun gehabt.

Es habe nie irgendwelche Anzeichen dafür gegeben, daß ein Rüstungskomplex in Rabita gebaut werde, beteuerte Körbler, der am Donnerstag vergangener Woche auch von den Behörden vernommen wurde. Ungewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen wollen ihm nie aufgefallen sein.

Es scheint, als beschränke sich Körblers Wahrnehmungsfähigkeit auf seinen Kontostand. Monteure der rund 25 deutschen Firmen, die IBI mit Aufträgen für das angebliche Technologiezentrum bedachte, berichten, wie streng die abseits der anderen Gebäude gelegene Baustelle

des Projekts Pharma 150 gesichert war. Unbefugte hatten keinen Zutritt.

Das technische Zentrum, das sich Gaddafi in den Wüstensand setzen ließ, sieht keinesfalls wie eine Stätte der Wissenschaft aus, in der ein paar Forscher mit Reagenzgläsern hantieren. Da geht es um schwere Kaliber.

Welcher Forschung soll etwa das Gebäude 2 dienen, ausgestattet mit einer Tür, die 24 mal 6 Meter mißt? Der Boden ist aus zwei Zentimeter dicken Stahlplatten gefertigt, ein Laufkran ist für 500 Tonnen Last vorgesehen.

Warum wohl sollte eine friedliche Pharmafabrik, allein konzipiert für medizinische Präparate, von einem Erdwall umgeben sein und von Videokameras überwacht werden? Warum sollten rund 200 Container mit Chemikalien, die in



**Iraks Außenminister Asis**  
„Atombombe des kleinen Mannes“

Europa beschafft wurden, mit Tarnnetzen abgedeckt sein? Auch die Radaranlage und die Luftabwehrraketen nehmen sich nicht sehr friedlich aus.

Der Schluß des US-Geheimdienstes CIA, hier entstünde die größte Fabrik für chemische Waffen, die jemals entdeckt worden sei, ist jedenfalls nicht so abwegig, wie Libyens Gaddafi glauben machen will. Der Staatschef hat an dem Projekt offensichtlich ein starkes Interesse, im September 1988 besuchte er die Anlage persönlich.

Der gesamte Komplex, er besteht unter anderem aus einer metallverarbeitenden Anlage, einer Gießerei, einem Schmiedewerk und einer Kunststoff-Form-Fabrik, liegt an der Straße von Tripolis nach Gharjan, etwa 60 Kilometer südlich der Hauptstadt. Gelegentlich wird die Straße abgeriegelt und jede Per-

# HERR R. W. HARTFIL, EIGENTÜMER UND VERMIETER EINER VILLA IN BAD PYRMONT.

Herr Hartfil weiß mit Geld umzugehen. Er hat sich eine schöne Immobilie gekauft. Nun freut er sich über die gute Rendite. Seine Kalkulation ist aufgegangen – mit uns als Finanzierungspartner. Ein Beispiel von vielen.



Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank Aktiengesellschaft



Landschaftstraße 8  
3000 Hannover 1  
Telefon (0511) 1211-0



Schutzkleidung gegen Chemiewaffen\*: Osteuropäische Ware für Gaddafi

son durchsucht. Sicherheitskräfte der libyschen Armee sichern das Technologiezentrum. Zusätzliche Wachen gibt es im Innern der Pharmafabrik.

Die mögliche Giftgasküche liegt etwas abseits des gesamten Komplexes. Unter- und oberirdische Tanks sind reichlich vorhanden. Im eigentlichen Produktionsbereich stehen vier wassergekühlte Reaktorkessel von drei Metern Höhe, Durchmesser etwa drei Meter, sowie zwei weitere, jeweils zwei Meter hoch.

Harmlose Stoffe, so viel ist sicher, werden in diesen Kesseln nicht gebraut. Das Produktionsgebäude ist mit säurebeständigen Kacheln ausgestattet. Es gibt Alarmanlagen für austretendes Gas und Sensoren an jeder Rohrverbindung, die Lecks melden sollen. Die Alarmanlagen und die Sensoren, eine deutsche Entwicklung, sind mit einer Schaltzentrale verbunden.

Der erste Stock kann bis zu 30 Zentimeter unter Wasser gesetzt werden. Das Wasser ist in Tanks auf einer höheren Ebene vorhanden. Das Erdgeschoß ist mit einem kompletten Pumpenraum ausgestattet. Neben dem Produktionsgebäude steht eine Abfüllanlage, die von den Technikern „The Brewery“ (Die Brauerei) genannt wird. Die Wände sind besonders massiv: außen Ziegelsteine, dann 30 Zentimeter Stahlbeton, eine Luftschicht sowie noch eine zehn Zentimeter starke innere Wand.

Die Produktion, von was auch immer, soll im Laufe dieses Jahres beginnen. Probeläufe haben nach Geheimdienst-Berichten bereits stattgefunden. Doch seit die Geheimdienste Gaddafis Pläne

publik machen, stockt die Lieferung des noch benötigten Materials. Das ausländische Personal soll inzwischen abgezogen worden sein.

Der Projektmanager Barbouti hat sich bereits im April vergangenen Jahres abgesetzt. Die Frankfurter Firma übertrug er seinem Mitarbeiter Hussein Mussa, wohnhaft Tripolis.

Geschäftsführer Horst Körbler wurde, mit Wirkung zum 26. Juni vergangenen Jahres, gefeuert. Er hatte angeblich auf eigene Rechnung Geschäfte gemacht. An Ahmed Hasnawi, den libyschen Leiter des Pharmaprojekts, lieferte Körbler drei Kisten nicht identifizierbaren Inhalts, Gesamtgewicht 350 Kilogramm. Sollte Körbler jemals aufdecken, was er geliefert habe, drohte Hasnawi, würde er getötet.

Körbler führt inzwischen die Libyen-Geschäfte seines früheren Chefs in eigener Regie weiter. Seine Firma Körbler Engineering Consult, versichert der Chef und einzige Mitarbeiter des Unternehmens, arbeite ausschließlich an zivilen Einrichtungen.

Gaddafi indes, daran ist kein Zweifel, hat an zivilen Produktionen weniger Interesse. Bereits seit Anfang der achtziger Jahre bereitet sich Libyen auf einen Giftgaskrieg vor, mit allen Einzelheiten.

Das Land wird überdies für den Fall gewappnet, daß die Libyer selbst Opfer eines Giftgasangriffs werden. So schickte damals die Firma Odenwald-Werke im badischen Mosbach, ein führender Hersteller von Entseuchungsmaterialien für die Bundeswehr und den Zivilschutz, schon vor einigen Jahren einen Mitarbeiter nach Libyen.

\* Bei der DDR-Volksarmee.

Bei mehreren Besuchen in dem nordafrikanischen Land verhandelte Odenwald-Chemiker Klaus Hoffmann (Titel der Doktorarbeit: „Nachweis von chemischen Kampfstoffen in Trinkwasser“) mit libyschen Offizieren.

Die Araber zeigten sich vor allem an Entseuchungsanlagen und Gegenmitteln für C-Waffen interessiert. Zur Ausrüstung gehören Duschzelte und fahrbare chemische Labors. Im harten Preispoker vergaben die Libyer schließlich den Millionenauftrag an den italienischen Rüstungslieferanten Cristanini in Verona.

C-Waffen-Ausrüstung ist ein lukratives Geschäft. Libyen bezieht seine Schutzausrüstungen überwiegend aus der Sowjet-Union und osteuropäischen Ländern. Das befeindete Nachbarland Ägypten, das über chemische Kampfstoffe verfügt, deckt sich dagegen im Westen ein. Die baden-württembergische Firma Alfred Kärcher, führender Hersteller von Reinigungssystemen, liefert auch Know-how an den Nil. Ein Mitarbeiter: „Man kann nur für eine Seite arbeiten.“

Die Stuttgarter Import-Export-Firma Rose GmbH kennt solche Selbstbeschränkungen nicht. Auf der Industriemesse in Riad präsentierte die württembergische Handelsfirma mit der Filiale Decotech S.A. im schweizerischen Fribourg ein C-Warngerät. Für sogenannte sensitive Länder wie Irak oder Libyen sind für solche Exporte in der Bundesrepublik keine Ausfuhrgenehmigungen zu bekommen.

Wie sehr die arabischen Länder an schmutzigen Massenvernichtungswaffen interessiert sind, zeigte sich vergangene Woche auf der Pariser C-Waffen-Konferenz. Unter Beteiligung Ägyptens, das seit dem Friedensschluß mit Israel aus der arabischen Staatengemeinschaft ausgeschlossen ist, sperrten sich die arabischen Nationen unisono gegen die angestrebte Verbannung und Achtung aller chemischen Waffen.

Es wäre ungerecht, so das arabische Argument, lediglich die chemischen Kampfstoffe abschaffen zu wollen. Auch die Atomwaffen sollten geächtet werden. Die nahöstlichen Regierungen bekräftigten ihr „Recht“ auf den Besitz von Giftgas. Sie bräuchten es als Abschreckung gegen das israelische Atomarsenal.

Das Potential an mörderischen C-Waffen ist bereits beträchtlich. Neben dem Irak (siehe Kasten Seite 69) ist vor allem Syrien in der Lage, industriell große Mengen von Giftgas für den Kriegeinsatz zu produzieren.

Schon 1986 hatte die Regierung in Washington, alarmiert von Berichten ihrer Geheimdienste, den totalen Boykott

von Rohchemikalien aus den USA nach Syrien verordnet. Laut britischer Geheimdienstquelle habe Israel seit langem fertig ausgearbeitete Einsatzpläne für einen Präventivschlag gegen eine syrische Giftgasfabrik im Nordosten des Nachbarlandes.

Auch Ägypten produziert chemische Kampfstoffe. Schon Mitte der sechziger Jahre ließ Gamal Abd el-Nasser seine Luftwaffe Gaseinsätze gegen jemenitische Royalisten fliegen.

Die arabische Position, nur der Besitz der „Atombombe des kleinen Mannes“ schaffe einen Ausgleich gegen die atomare Übermacht Israels, machte sich auf der Pariser Konferenz vor allem der irakische Außenminister Tarik Asis zu eigen. Der Irak verfügt über mehrere Gift-

aus anderen Dritte-Welt-Ländern retten“.

Die verhängnisvolle Entwicklung haben deutsche Manager, naive wie skrupellose, mitverantworten. Der Fall Imhausen zeigt, wie gründlich der Anspruch der deutschen Wirtschaft, Weltmeister im Export zu bleiben, bisweilen mißverstanden werden kann.

Das Kabinett Kohl jedenfalls hat alle Mühe, dem irritierten amerikanischen Verbündeten die deutsche Position zu erklären. Zwar sei, so der Kanzlergesandte Stoltenberg nach seinen Gesprächen in Washington, inzwischen „die Luft gereinigt“. Aber das Problem ist geblieben.

Auch Stoltenberg weiß, daß es schwer wird, den deutschen Libyen-Partnern ei-



The Times, London

gasfabriken, für die auch deutsche Firmen geliefert haben sollen.

Mit ihren tödlichen Gasschwaden stoppten die Iraker im Golfkrieg die iranischen Sturmtruppen und zwangen so dem an Truppenstärke überlegenen Chomeini-Staat einen Waffenstillstand auf. Das zweite Ziel der irakischen Gasangriffe war die eigene Bevölkerung – Zivilisten der kurdischen Minderheit, an denen Saddam Hussein grausame Rache nahm, weil kurdische Freischärler mit dem Iran gegen sein Land kämpften.

Die irakischen Giftgasmassaker, von der Welt beiläufig wahrgenommen und für das Regime folgenlos geblieben, können dem Land schon bald neue Exportmöglichkeiten eröffnen. Seit den Gaseinsätzen, prahlte vergangene Woche ein irakischer Diplomat, könne sich sein Land „kaum mehr von Anfragen

nen Gesetzesverstoß nachzuweisen. Nach dem Außenwirtschaftsgesetz wäre das Geschäft mit dem Gaddafi-Regime nur strafbar, wenn der Lieferant wesentlich eine Giftgasfabrik verkauft hat.

Das jedoch wird kaum zu belegen sein. Die Technik für die „verwerfliche Produktion von Chemiewaffen“ (Stoltenberg) ist gar nicht so verschieden von dem Verfahren für die Herstellung mancher anderer chemischen Produkte.

Diplomaten des Auswärtigen Amtes ahnen bereits Böses: Es könnte gelingen, deutschen Firmen eine Beteiligung am Bau der Fabrik in Rabita nachzuweisen; aber die Verfahren gegen diese Firmen enden mit einem Freispruch. „Dann“, meint einer von Genschers Beamten, „ist in Washington wirklich etwas los.“ ♦